

Regierung sieht 33 Millionen für Klimaverbesserung vor Basel. Baudirektorin Barbara Schneider will die an der sun21 ausgearbeiteten Energiemassnahmen umsetzen

CLAUDIA KENAN

Die Basler Regierung schnürt ein Klimapakete: Im kommenden Frühling beantragt sie dem Grossen Rat dafür einen Rahmenkredit von voraussichtlich 33 Millionen Franken.

Der Zeitpunkt ist günstig, findet Barbara Schneider. Die Akzeptanz für Umweltmassnahmen sei in der Bevölkerung derzeit hoch, glaubt die Baudirektorin. Dieses politische Klima will die Regierung nun nutzen: Sie schnürt ein Klimapakete und legt es dem Grossen Rat im kommenden Frühling vor. Da die Umsetzung des Pakets Geld kostet, will die Regierung dem Grossen Rat zusätzlich einen Rahmenkredit von voraussichtlich 33 Millionen Franken beantragen.

«Damit können wir die Supplements bezahlen», erklärt Schneider. Um welche Massnahmen es sich dabei handelt, ist noch nicht bis ins Detail geklärt. Schneider verweist auf einige umweltpolitische Vorstösse wie beispielsweise die Idee eines Windrades zur Stromerzeugung oder Vorstösse zur Luftreinhaltung, die

über die Vorgaben des Energiegesetzes hinausgehen. Weitere klimaschonende Vorschläge, die am Energieforum anlässlich der sun21 ausgearbeitet wurden, gehören auch zu diesen Supplements.

MINERGIE-P. Im Patronatskomitee des Energieforums nahmen die Regierungen der beiden Basel sowie der Städte Lörrach, Weil am Rhein und Riehen Einsitz. Die etwa 60 ausgearbeiteten Massnahmen wurden diesen Regierungen ausgehändigt – zwecks Umsetzung. Die Exekutiven prüfen diese Ideen wohlwollend. «Ich halte es für notwendig, die Nutzung eines Mindestanteils erneuerbarer Energie vorzuschreiben», sagt Gudrun Heute-Blum, Oberbürgermeisterin von Lörrach, nachdem sie die Vorschläge studierte. «Bei den Massnahmen zum Einsparen von Energie hat aus meiner Sicht die Sanierung von Gebäuden unter energetischen Gesichtspunkten oberste Priorität.» Damit ist die Lörracher Oberbürgermeisterin ganz auf der Linie der Basler Baudirektorin, die die

klimaschonende Minergie-P-Bauweise bei Neubauten vorschreiben will.

Willi Fischer, Gemeindepräsident von Riehen, hat den Massnahmenkatalog der Energiekommission übergeben, und diese evaluiert derzeit die besten Vorschläge des Energieforums. «Das Klima kennt bekanntlich keine Grenzen», sagt Fischer. «Ich finde es wichtig, dass wir diese Fragen innerhalb des tri-nationalen Eurodistrikts gemeinsam angehen, und das werden wir auch tun.»

LÖSBARE PROBLEME. Neu waren für Barbara Schneider am Energieforum vor allem die Sorgen von Baufachleuten. «Sie kämpfen mit Problemen, die man lösen kann.» Konkret geht es um die Ausnutzungsziffer, eine strenge Regelung betreffend Bauflächen. Wer aufgrund einer energieeffizienten Fassadensanierung dickere Mauern bauen müsste, kann Probleme bekommen. «Solche Hindernisse werden wir beseitigen», verspricht die Baudirektorin. Auch die geforderte Energieetikette ist laut Schneider auf bestem Weg, jedoch auf Bundesebene. Die Basler Regierung werde sich dafür in Bern stark machen.